

Zeitschrift: Die Vorkämpferin : verficht die Interessen der arbeitenden Frauen
Herausgeber: Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz
Band: 14 (1919)
Heft: 6

Titelseiten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vorfämpferin

Verficht die Interessen der arbeitenden Frauen

Erscheint monatlich einmal
Kann bei jedem Postbureau bestellt werden
Jahresabonnement Fr. 1.50

Zürich,
1. Juni 1919

Herausgegeben von der Frauenkommission der
Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

Große Frauendemonstration in Zürich.*

Die Antwort seitens der Regierung auf die Forderungen der Delegation der Arbeiterfrauen durchaus ungenügend und unbefriedigend ausgefallen, beschloß die Vorstandskonferenz der Frauengruppen von Zürich und Umgebung, die Arbeiterfrauen zu einer Demonstration aufzurufen. In großer Zahl haben sie dem Rufse Folge geleistet. Zu Tausenden sind sie erschienen. Beim Volkshaus Zürich sammelten sie sich. Genossin Bloch schilderte die Verhältnisse und gab die Forderungen an den Regierungsrat bekannt. Die aus dem täglichen Leben entnommenen Bilder, die nichts weniger als revolutionären Forderungen fanden lebhafteste und allseitige Zustimmung. Die Referentin führte auch aus, wie man sich die geforderte Rationierung der Wohnungen vorstelle. Die Wohnungsnot in Zürich, wie auch in anderen Städten, ist erschreckend; es wird nicht mehr lange dauern und wir haben Verhältnisse wie in London und Paris, wir kennen die Großstadtlümben bald aus eigener Erfahrung, nicht nur aus der Schilderung. Schon heute haben wir Schichtenbetrieb bei den Mietermieten; die gleichen Schlafstellen werden Tag und Nacht benützt nur von verschiedenen Mietern.

Nach dem Referate ging man in geschlossener Reihe zum kantonalen Ernährungsamte, um dem Regierungsrate ein Schreiben der Demonstrierenden zu übermitteln und die Forderungen mündlich zu vertreten.

Den demonstrierenden Frauen hatten sich Arbeitslose angeschlossen, welche ebenfalls durch eine Delegation der Regierung ihre Forderungen unterbreiten wollten.

Der Empfang bei der Regierung war die eines Volksvertreters durchaus unwürdige. Zur Zeit der französischen Revolution, vor mehr wie Hundert Jahren, mögen die Herrscher von Gottes Gnaden die hungerrnde Menge so empfangen haben — aber heute? Man ließ die Frauen kaum zu Worte kommen. Regierungsrat Ernst, ein alter Mann, der ruhig jüngeren Kräften den Platz räumen dürfte, verbarg seine Unfähigkeit hinter Grobheit. Erst bot er der Delegation zur Bewähigung ein Glas Wasser an. Nachdem er die ersten Sätze der Eingabe gelesen hatte, war ihm diese nicht fein genug, er verteilte die Annahme. Schließlich mußte er sie doch entgegennehmen, da die Forderungen darin enthalten sind. Die Eingabe, welche den Magistraten dermaßen in Aufregung gebracht hat, lautet:

An den Regierungsrat und kriegswirtschaftliche Kommission des Kantons Zürich.

Vor einem Jahre sprachen die Arbeiterfrauen von Zürich und Umgebung der Regierung ihr Mißtrauen aus.

Da diese einseitig immer nur die Lebensinteressen der besitzenden Klasse verficht, sehen wir uns abermals genötigt zu erklären, daß sie mit Institution des kantonalen Ernährungsamtes ein Werkzeug für Bauern, Unternehmer und Großhändler schuf, um die große Masse der Konsumenten zu täuschen.

* Siehe Artikel in der Mainnummer: „Maßnahmen gegen die Teuerung, Abbau der Teuerung.“

Was taten bisher Regierung und kriegswirtschaftliche Kommission, um eine Entspannung, ein Sinken der Preislage auf dem Lebensmittel- und Bedarfsartikelmarkt herbeizuführen?

Was tat Ihre Kommission, damit die einseitige Fleischproduktion eingeschränkt und für eine hinreichende Milchproduktion gefordert werde?

Was tat die Regierung, um die Lebenslage des Schuldenbauers, die ihrer Hände Fleiß in 5 bis 7½ Prozent Zinsen an das unerfättliche Bankkapital abliefern müssen, und die der Fabrikarbeiter zu verbessern?

Erst nach fortgesetzten erbitterten Kämpfen der Gesamtarbeiter wurden endlich Mittel beschafft zur allgemeinen Verbilligung von Milch, Brot und Kartoffeln.

Regierung und kriegswirtschaftliche Kommission wissen, daß die Anstalt für Schlachtviehverforgung die Fleischpreise nach oben treibt, und daß es dem arbeitenden Volke nicht mehr möglich ist, diese Preise zu erschwingen und es daher den Fleischkonsum in stärkstem Maße einschränken muß. Sie half aber mit, daß den mittleren und unteren Volksschichten auch dieses wenige noch genommen wurde mit dem Erlasse der fleischlosen Wochen und der Duldung des Uebersteigens der Höchstpreise.

Trotzdem bekannt ist, wie schwierig gegenwärtig die Butter- und Käseverforgung ist, weil die Bauern einseitig Fleisch produzieren, an dem sie mehr verdienen, dennoch läßt die Regierung es zu, daß in den Konditoreien zur Bereitung von feinem Gebäck und teuren Kuchen Mengen von Butter und Eiern dem allgemeinen Konsum entzogen werden und für jene Leute verwendet, die auch jetzt immer noch an allem Ueberfluß haben, derweil Arbeiterkinder und -Frauen zu wenig Milch, keine Butter und keine Eier bekommen.

Wir verlangen von der Regierung des Kantons Zürich:

1. Daß sie vom Bundesrate die Einführung des Viehhandelsmonopols und das Kohlenmonopol fordern;
2. daß die Armeekonserven in Städten und industriereichen Gemeinden zu 1 Fr. per Büchse abgegeben werden;
3. daß den Konditoreien die Herstellung von Kuchen und Gebäck mit süßer Butter und frischen Eiern untersagt werde;
4. daß der Eierhandel monopolisiert werde.

Es sind klaffenbewußte, disziplinierte Arbeiterfrauen, die nochmals an die Regierung gelangen. Sollte diese in kurzfristiger Verbendung die Begehren zurückweisen, wird sie selbst die Verantwortung auf sich nehmen müssen.

Wir raten der Regierung, die starke Hand einmal nach oben und nicht immer nach unten zu zeigen.

Zürich, den 13. Mai 1919.

Namens der sozialdemokratischen Frauenorganisationen des Kantons Zürich:

gez. R. Bloch. A. Robmann.

Die Regierung war kurzfristig genug, das Begehren zurückzuweisen. Dr. Ernst, der dem Ernst der Situation in seinem stereotypen Lächeln zu verdecken suchte, weigerte sich, der demonstrierenden Menge, welche beinahe zwei Stunden auf eine Antwort wartete, diese selbst zu geben. Wir bedauern nur, unsern Lesern das Bild des „Volksvertreters“ nicht vorführen zu können. Eine Momentaufnahme hätte der Weigerung, zur Menge zu reden, erst den richtigen Ausdruck gegeben. Zum Schlusse wünschte dieser nicht ernst zu nehmende Dr. Ernst noch die Adressen von zirka